1. **Oskar Lafontaine: Im Sparwahn**
   Weil der Aufschwung viel Geld in die deutschen Staatskassen spült, sollen plötzlich alle Euro-Länder eisern sparen – dabei schadet das schwächeren Volkswirtschaften. Auch in Deutschland fordert es Opfer.
   Quelle: Die Linke
2. **Bertelsmann steigt auch in Deutschland in die öffentliche Verwaltung ein**
   In England steuert Bertelsmann schon einen ganzen Landkreis – nun ist dem Konzern auch in Deutschland der Einstieg in den Markt mit Verwaltungsbehörden gelungen. In Würzburg soll er die Kommunalverwaltung modernisieren. Die Bertelsmann-Tochter Arvato soll künftig alle Abläufe in der Würzburger Kommunalverwaltung über eine zentrale Internet-Plattform steuern. Eine so weit reichende Privatisierung öffentlicher Leistungen wie im englischen Distrikt East Riding, wo Arvato einen ganzen Landkreis mit 325.000 Einwohnern betreut, ist in Deutschland derzeit noch undenkbar. So ist nach Angaben von Arvato die Übernahme von Personal aus steuerrechtlichen Gründen für Unternehmen unattraktiv. Dennoch sieht Arvato in dem Würzburger Projekt einen Einstieg in den deutschen Markt mit öffentlichen Dienstleistungen.
   Quelle: Spiegel Online
3. **Warnstreiks in der Metallindustrie – nicht immer, aber immer wieder**
   Nach vier Verhandlungsrunden ist eine Tarifeinigung in der Metall- und Elektroindustrie nicht in Sicht. In der Nacht zum Sonntag endet die Friedenspflicht, die IG Metall hat massive Warnstreiks angekündigt, um die Arbeitgeber zu einem verbesserten Angebot zu bewegen. Die Chronologie des WSI-Tarifarchivs zeigt, dass Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie nichts Ungewöhnliches sind. In vier von sechs Lohnrunden seit 1997 hat es Warnstreiks und Protestaktionen gegeben.
   Quelle: WSI [PDF – 52 KB]
4. **Memo-Gruppe 2007: Der Wahn des Wettbewerbes**
   Überall herrscht helle Freude über den ökonomischen Aufschwung.Die Arbeitsgruppe “Alternative Wirtschaftspolitik warnt allerdings davor, dass er nur ein Strohfeuer bleiben wird, wenn jetzt die Weichen nicht anders gestellt werden. Sie fordert mehr öffentliche Investitionen und eine neue Arbeitsmarktpolitik.
   Quelle: FR
5. **Statistisches Bundesamt: Angestellte haben real weniger in der Tasche**
   Die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten stiegen nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes im Januar 2007 um 1,4% gegenüber dem Vorjahresmonat. Bei den tariflichen Stundenlöhnen der Arbeiter betrug das Plus im gleichen Zeitraum 2,2%. Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Januar 2007 gegenüber Januar 2006 um 1,6%.
   Quelle 1: Statistisches Bundesamt

Anmerkung: *Noch gestern berichtete der Spiegel unter Berufung auf die „phantastischen Zahlen" der GfK, dass sich die Konsumenten von der Aufschwungseuphorie anstecken ließen. Wie sollte Konsumeuphorie aufkommen, wenn man weniger in der Tasche hat:*
Weil die Wirklichkeit ernüchternder ist, als es den Jubeljournalisten vom Spiegel in den Kram passt, wird nun ohne jede weitere Begründung kommentiert: „Die gute Stimmung der Verbraucher wegen des Konjunkturbooms ist eher von der Hoffnung auf die Zukunft getragen, als von der tatsächlichen Kassenlage des Einzelnen."
Das nenne ich Kampagnen-Journalismus.
Quelle 2: SPIEGEL Online

Siehe dazu auch…:

Einzelhandel spürt noch keinen Kaufrausch
Holger Wenzel, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE): Zwischen der von der GfK gemessenen Stimmung und den tatsächlichen Käufen gebe es noch einen "deutlichen Unterschied". Im Januar und Februar sei der Umsatz gesunken, im März nur ein wenig gewachsen. Im gesamten ersten Quartal rechnet Wenzel daher mit einem Umsatzrückgang. "Jetzt fehlen die acht Milliarden Euro, die dem Einzelhandel durch die Mehrwertsteuererhöhung verloren gegangen sind", bemängelte er.
Das bedeute einen Stellenabbau in der Branche wie im vergangenen Jahr, "also vermutlich 20.000 Köpfe weniger".
Quelle 3: Tagesspiegel

6. **Müntefering tauft den Mindestlohn um**
   "Arbeitsgruppe Arbeit" der Koalition legt ihren Abschlussbericht vor: Alle Branchen können bis Ende 2007 das Entsendegesetz einführen. Strittig ist nach wie vor, welche absolute Untergrenze für Löhne gelten und wie weit der Staat sich einmischen soll.
   Quelle: taz
7. **In 30 Monaten ist Bundestagswahl!**
   Es war zwar ihr Vorgänger Gerhard Schröder, der mal gesagt haben soll, zum Regieren brauche man "nur BILD, BamS und Glotze" (auch wenn sich daran sogar er selbst nicht so richtig erinnern mag), aber für Schröders Nachfolgerin Angela Merkel lebt es sich zumindest mit "Bild" auch ganz gut.
   Quelle: BILDblog
8. **Von der Leyen (CDU) will für den geplanten Ausbau der Krippenplätze offenbar deutlich weniger Bundesmittel zur Verfügung stellen als ursprünglich geplant**

Die CDU-Politikerin werde Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) vorschlagen, die Bundesausgaben allein durch Umschichtungen im Bundeshaushalt aufzubringen. Zur Finanzierung setze die Ministerin zum einen darauf, dass der Bund wegen der Alterung der Gesellschaft weniger Kindergeld zahlen muss und dadurch Mittel frei werden. Eine weitere Geldquelle soll sich aus sinkenden Hartz-IV-Ausgaben ergeben, wenn auf Grund des verbesserten Betreuungsangebots für Kleinkinder mehr arbeitslose Mütter einen Job annehmen.
Quelle: FR

9. **Umfragung: Ursachen und Folgen des Schulabsentismus**
   In Schleswig-Holstein versäumen 13% aller Hauptschüler mehr als zehn Schultage pro Halbjahr, und auch in anderen Bundesländern machen immer mehr Kinder und Jugendliche einen großen Bogen um die Schule.
   Quelle: Telepolis
10. **Der gefühlte Aufschwung und sein Einfluss auf die Uni-Rankings**
    Es wird wieder mehr eingestellt. Dadurch wird auch die Konkurrenz um gute AbsolventInnen größer – und die Unternehmen nehmen wieder mehr Hochschulen in den Blick, wie im karriere-Artikel zum Ranking berichtet wird. So sind die Abstände zwischen den einzelnen Hochschulen in der Wertung der Personaler (die beim karriere-Ranking je nach Studienfach zwischen 26,6 und 33,3% ausmacht) geringer, was den bisher von den Personalern nicht so stark beachteten Hochschulen Vorteile verschafft.
    Ein Arbeitsmarkt-Aufschwung beeinflusst aber sicher nicht die Qualität der Hochschulen.
    Quelle: studis Online
11. **USA: Druck gegen Irak-Krieg wächst**
    Bush`s Irak-Krieg verliert immer mehr an Unterstützung – bei der Opposition, im Volk und auch in der eigenen Partei.
    Quelle: FR